

Unterlagen-Checkliste B2b

Bis zur Einreichungsfrist durch den Antragsteller in Papierform beizubringende Unterlagen:

- Nachweis der Gesamtfinanzierung
(Nachweis der baren Eigenmittel und/oder Kreditbereitschaftserklärung einer Bank; für Gebietskörperschaften ab einem Eigenanteil von 10.000 EUR eine positive gemeindewirtschaftliche Stellungnahme oder eine positive rechtsaufsichtliche Beurteilung der Rechtsaufsichtsbehörde einschließlich der Folgekosten unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung)
- Ausgefülltes und unterschriebenes LEADER-Vorhabenblatt (zusätzlich in digitaler Form)
- Bei Bauvorhaben - Fotos vom Ist-Zustand des Objektes (zusätzlich in digitaler Form)
- Bei Bauvorhaben - Flurkartenauszug mit eingezeichneter Lage des Objektes (zusätzlich in digitaler Form)
- Bei Relevanz - Nachweis des Eigentums oder gleichgestellter Eigentumsrechte
(Grundbuchauszug, Auflassungserklärung des Notars, Erbbauberechtigung - Achtung: Ein Kauf- bzw. Schenkungsvertrag ist nicht ausreichend!; bei Straßen öffentliche Widmung und Nachweis erforderlicher Bauerlaubnisse bzw. Erklärung, dass für das Vorhaben keine erforderlich sind; bei Leitungsnetzen und Beschilderungen der Nachweis der allgemeinen Verfügungsberechtigung)
- Erklärung, dass zum Einreichungszeitpunkt keine Förderung des Vorhabens aus folgenden Förderprogrammen möglich ist
 - RL KStB
 - RL Schulhausbau
 - RL Kita-Invest
 - Kulturraumförderung
 - RL Hochwasserschutz
 - RL Brachenberäumung (Landesbrachenprogramm)
 - RL Ländliche Entwicklung
 - RL DIOS
 - Rückbau Wohngebäude
 - ESF
 - RL Natürliches Erbe
 - RL Denkmalschutz
- Erklärung, dass folgende Fördertatbestände nicht Inhalt des Vorhabens sind:
 - Grunderwerb, einschließlich der Nebenkosten
 - zoologische Einrichtungen, Bowlingbahnen, Go-Kart-Bahnen, Fitnesscenter, Diskotheken, Frei- und Hallenbäder
 - Einrichtungen der Nahversorgung über 800 m² Gesamthandelsfläche, wobei nicht öffentlich zugängliche Flächen, wie Flur, Lagerflächen, Büro- und Sozialräume unberücksichtigt bleiben
 - Schaffung von Wohnraum zur Erzielung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung
- Erklärung, dass das Vorhaben nicht ohne eine Förderung umgesetzt werden kann
- Sofern das Vorhaben Bepflanzungen enthält - Einschätzung der Unteren Naturschutzbehörde, dass dies mit regionstypischen Arten erfolgt
- Erklärung, dass sich das Vorhaben auf Beherbergungseinrichtungen (Ferienwohnungen, Hotels und Pensionen) mit max. 30 Betten (vor und nach Umsetzung des Vorhabens), Jugendherbergen und vergleichbare Einrichtungen oder gastronomische Einrichtungen bezieht

- Bei quantitativem Ausbau - Darstellung, dass mit dem Vorhaben zugleich neue Zielgruppen erschlossen werden oder die Angebotsvielfalt erhöht wird
- Bei gewerblichen Vorhaben (außer Vorhaben zur Vermietung und Verpachtung) - Geschäftsplan, der die demografische Entwicklung berücksichtigt und nachvollziehbar die Nachhaltigkeit des Vorhabens darlegt
 - Erläuterung des Vorhabens und der Geschäftsidee
 - Beschreibung des Produkts beziehungsweise der Dienstleistung
 - Bedarfsanalyse des Marktes
 - Darstellung der Zielgruppe
 - Marketingstrategien
 - Chancen und Risiken
 - Personalplanung und Umsatzkalkulation
 - Investitionsbedarf und Finanzplanung
 - Darstellung der Wirtschaftlichkeit des geplanten Vorhabens über einen Betrachtungszeitraum von fünf Jahren
- Absichtserklärung, dass der Vorhabenträger für die Dauer der Zweckbindungsfrist einen hohen Qualitätsstandard (Zertifizierung nach gängigem Klassifizierungssystem) der angebotenen Leistungen gewährleistet (für Vorhaben an gastronomischen Einrichtungen nicht erforderlich)
- Erklärung, dass das Vorhaben keine mobilen Gegenstände und Einrichtungen der Gebäudeausstattung enthält
- Bei Wieder-/Umnutzung von Gebäuden - Bestätigung durch einen Bauvorlageberechtigten, dass die Bausubstanz in Anlehnung an die ortstypische regionale Baukultur erhalten bzw. wiederhergestellt wird.
- Bei Wieder-/Umnutzung von Gebäuden - Skizze der Gestaltung der Außenfassade
- Bei investiven Vorhaben an/in Gebäuden - Nachweis zum Alter des Gebäudes (Urkunde, Bauakte, Bestätigung Stadt- oder Gemeindeverwaltung o. ä.)
- Bei investiven Vorhaben an Gebäuden - Bestätigung durch einen Bauvorlageberechtigten, dass bei der Umsetzung die Anforderungen der Energieeinsparverordnung in der jeweils geltenden Fassung eingehalten werden
- Erklärung, ob das Gebäude bzw. die Anlage unter Denkmalschutz steht - wenn ja, sind eine denkmalschutzrechtliche Genehmigung und eine Förder-Negativbescheinigung der Unteren Denkmalschutzbehörde erforderlich
- Stellungnahme des Tourismusverbandes Erzgebirge
- Bei Vorhaben an bestehenden Gastronomieeinrichtungen - Darlegung, wie das Vorhaben zur Verbesserung im Bereich Multifunktionalität, Barrierereduktion, Sicherheit, energetischer Ertüchtigung beiträgt oder wie gezielt die Vermarktung regionaler Produkte unterstützt wird